

VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR DIE ONLINE BERATUNG

1. Vertragsabschluss

- a. Durch das Absenden einer Anfrage wird ein Beratungsvertrag nicht geschlossen. Die Anfrage dient allein der Honorarbestimmung durch die Rechtsanwältin. Kosten entstehen insoweit noch nicht. Ebenfalls ist die Rechtsanwältin auch nicht zur Übernahme des Mandats verpflichtet.
- b. Nach Erteilung des unverbindlichen Honorarangebotes durch die Rechtsanwältin obliegt es allein dem Anfragenden, ob er die Online-Rechtsberatung durchführen lassen möchte. Für den Vertragsschluss ist es erforderlich, dass der Anfragende das unterbreitete Honorar auf das durch die Rechtsanwältin angegebene Konto zur Anweisung bringt. Erst wenn die Zahlung bei der Rechtsanwältin eingegangen ist, ist der Beratungsvertrag zustande gekommen. Die Rechtsanwältin wird die Anfrage umgehend beantworten.
- c. Sollte sich die Anfrage nicht für das Angebot der Online-Rechtsberatung eignen, teilt die Rechtsanwältin dies dem Anfragenden mit.

2. Widerrufsrecht

- a. Der Vertrag über die Online-Beratung ist ein Fernabsatzvertrag gem. § 312 b BGB. Insofern besteht für den Anfragenden, sofern er Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, grundsätzlich ein Widerrufsrecht gem. § 312 d BGB. Der Widerruf bedarf keiner Begründung. Die Widerrufsfrist beträgt zwei Wochen und beginnt mit Abschluss des Vertrages.
- b. Das Widerrufsrecht erlischt gem. § 312 d Absatz 3 Nr.2 BGB jedoch spätestens, sobald mit der Ausführung der Dienstleistung mit ausdrücklicher Zustimmung des Verbrauchers vor Ende der Widerspruchsfrist begonnen wurde oder der Verbraucher dies selbst veranlasst hat.
- c. Durch den Eingang der Zahlung auf dem von der Rechtsanwältin bei Unterbreitung des Honorarangebotes angegebenen Konto wird diese von dem Anfragenden bereits vor Ablauf der gesetzlichen Widerrufsfrist mit der Erbringung der Beratungsdienstleistung beauftragt. Der Anfragende stimmt der Erbringung der Beratungsdienstleistung vor Ende der Widerrufsfrist ausdrücklich zu.

3. Kosten der Online-Beratung

- a. Die Kosten der Online-Beratung werden zwischen den Parteien individuell vereinbart. Sie betragen zwischen EUR 29,00 bis EUR 149,00 inkl. Umsatzsteuer. Die Rechtsanwältin wird anhand des geschilderten Sachverhaltes dem Anfragenden einen Honorarvorschlag unterbreiten. Dieser wird sich sowohl nach dem Umfang der Beratung richten als auch im Verhältnis zur Verantwortung und zum Haftungsrisiko angemessen sein.
- b. Nach Erteilung des Kostenvoranschlages obliegt es dem Anfragenden, das Angebot zum Abschluss des Online-Beratungsvertrages durch Überweisung der Vergütung auf das von der Rechtsanwältin angegebenen Konto anzunehmen.
- c. Im Anschluss an die Beratung erhält der Anfragende eine Rechnung.
- d. Sollte der Anfragende die Rechtsanwältin nach der Erstberatung beauftragen, in der Sache weiter tätig zu werden, ist der Rahmen der Erstberatung erschöpft. Es entstehen dann weitere Gebühren auf Grundlage des RVG oder einer Honorarvereinbarung. Die Kosten der Online-Erstberatung werden auf die dann entstehenden Gebühren nicht angerechnet.

4. Rechtsschutzversicherung

Sofern der Anfragende rechtsschutzversichert ist, obliegt ihm die Prüfung, ob die Kosten der Online-Beratung vom Versicherer übernommen werden. Das zwischen dem Anfragenden und der Rechtsanwältin vereinbarte Honorar ist in jedem Fall von dem Anfragenden zu zahlen. Eine Abrechnung zwischen Rechtsanwältin und Versicherung findet nicht statt.

5. Haftung

- a. Die Rechtsauskunft basiert auf dem vom Anfragenden geschilderten Sachverhalt. Für Beratungsfehler, die auf einem fehlerhaften oder unvollständigen Sachverhalt basieren, übernimmt die Rechtsanwältin keine Haftung, es sei denn sie handelt vorsätzlich oder grob fahrlässig.
- b. Durch die Anfrage bei der Rechtsanwältin kommt ein Beratungsvertrag nicht zustande. Insofern unterliegt auch die

Kontrolle etwaiger Fristen bis zum Vertragsschluss allein dem Anfragenden. Eine Haftung für eilbedürftige bzw. fristgebundene Anfragen wird nicht übernommen.

6. Angaben über die gegnerische Partei

Aus berufsrechtlichen Regelungen darf ein Mandat nicht angenommen werden, wenn die Gefahr eines Interessenkonfliktes besteht. Ein solcher ist jedenfalls dann gegeben, wenn die Rechtsanwältin die gegnerische Partei in der gleichen Sache bereits vertritt. Insofern hat der Anfragende den Namen der gegnerischen Partei anzugeben, sofern eine solche existiert und es sich nicht um eine sachverhaltsunabhängige juristische Fragestellung handelt.

7. Datenschutz / Vertraulichkeit der Anfrage

- a. Die Rechtsanwältin unterliegt einer umfassenden Schweigepflicht über die Informationen, die ihr im Zusammenhang mit dem Mandat bekannt werden. Bei der Übermittlung von Informationen im Internet kann ohne die Verwendung von Verschlüsselungstechniken jedoch keine Gewähr für die Vertraulichkeit der übermittelten Daten übernommen werden.
- b. Bei der Versendung einer unverschlüsselten Anfrage an die Rechtsanwältin erklärt sich der Anfragende ausdrücklich damit einverstanden, dass die Rechtsanwältin auf dieselbe Art und Weise antworten darf.
- c. Sollte der Anfragende eine Verschlüsselung der Online-Beratung wünschen, hat er dies zuvor unmittelbar mit der Rechtsanwältin abzustimmen.
- d. Die persönlichen Daten und der Vorgang werden in der Kanzlei gespeichert und entsprechend den gesetzlichen Vorschriften archiviert.

8. Gerichtsstand

Sämtliche aus diesem Vertragsverhältnis resultierenden Streitigkeiten unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Als Gerichtsstand für Honorarklagen wird Hamburg bestimmt.

9. Schlussbestimmungen

- a. Änderungen und Ergänzungen dieser Bedingungen bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für diesen Absatz.
- b. Sollte eine oder mehrere Bestimmungen ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmungen tritt eine inhaltlich möglichst gleiche Regelung, die dem Zweck der gewollten Regelung am nächsten kommt.